

► Allgemeines

Stellungnahme des Berufsverbandes für Soziale Arbeit zum Amoklauf von Winnenden. Aus Sicht des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit (DBSH) gibt es nach dem Amoklauf keine schnellen Antworten. Unglück, Tod und Trauer gehörten zum menschlichen Leben, ohne dass man das „Warum“ und das „Was wäre wenn“ erklären könne. Obwohl es sinnvoll sei, Fragen zu stellen, solle man letztgültige Antworten nicht erwarten. Überlegungen hinsichtlich Waffenbesitz, Internetnutzung und Computerspielen kämen einem Schablonendenken gleich und seien für niemanden nützlich. Indessen könne die Soziale Arbeit wertvolle Hilfen leisten. Da die heutige Gesellschaft immer höhere Anforderungen stelle, sei es wichtig, Kinder und Jugendliche bei der Bewältigung der Unübersichtlichkeit zu unterstützen. In seiner Erklärung fordert der DBSH mehr Achtsamkeit gegenüber der persönlichen Situation von Schülerinnen und Schülern, eine Rücknahme von finanziellen Kürzungen und einen Ausbau der Schulsozialarbeit, der außerschulischen Jugendarbeit sowie der niedrigschwelligen Angebote der Jugendberatung. *Quelle: DBSH-Newsletter 3.2009*

Neue Studie zum Thema Migrationshintergrund. Ein Gremium aus Politik, Medien und Verbänden gab den Auftrag für die im Zeitraum 2006 bis 2008 vom Sinus-Institut und einigen Kooperationspartnern durchgeführten Sinus-Migranten-Milieu-Studie, in der anhand von mehrstündigen Tiefeninterviews und Befragungen die Lebenswelten, Wertorientierungen und Erwartungen von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland untersucht wurden. Die Ergebnisse widerlegen gängige Klischees und zeigen eine hohe Bereitschaft zu Leistung und Integration. Beispielsweise bekennt sich eine Mehrheit von 56 % zum Christentum und 68 % der Befragten schätzen die eigenen Sprachkenntnisse als sehr gut bis gut ein. Es lässt sich erkennen, dass der Bildungserfolg, das Handeln und die Möglichkeiten der Menschen eher mit der sozialen als mit der ethnischen Herkunft zusammenhängen. Ausgewählte Ergebnisse und weitere Informationen finden sich unter www.caritas.de/sinusmigranten und www.sinus-sociovision.de im Internet. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Caritasverbandes 03.2009*

Bürgerschaftliches Engagement als Standortfaktor. Unternehmen des „Runden Tisches Jugend und Wirtschaft“, einem Praxisnetzwerk engagierter Brandenburger Unternehmen und Branchen, stellten im März 2009 Bundesminister Wolfgang Tiefensee ihre Kooperationsprojekte mit gemeinnützigen Organisationen vor, die als Beitrag zu einer positiven Regionalentwicklung konzipiert sind. Gefördert werden sollen auf diese Weise Bildung, soziale Kompetenz, eine funktionierende Infrastruktur, Familienfreundlichkeit, eine intakte Umwelt sowie Toleranz und Eigeninitiative als Grundlagen eines lebenswerten Gemeinwesens und

einer erfolgreichen Unternehmensentwicklung, wobei sich durch das Zusammenwirken der eingebrachten Ressourcen an Zeit, Wissen und Kompetenz Standortvorteile ergeben können. Ziel des Runden Tisches ist es, die Entwicklungsperspektiven junger Menschen in Brandenburg zu verbessern. Weiteres unter www.upj-brandenburg.de im Internet. *Quelle: UPI-Pressemitteilung 03.2009*

Kurzfilme für die Berufswahl. Die Studien- und Berufswahl ist für junge Menschen oft mit Schwierigkeiten verbunden, da nicht immer klar ist, was sich hinter den einzelnen Bezeichnungen konkret verbirgt. Hier will die Bundesagentur für Arbeit mit dem Filmportal Berufe.tv Abhilfe schaffen. Fünfminütige Kurzportraits zeigen die jeweiligen Aufgaben und benennen grundlegende Anforderungen für Ausbildung, Studium und Weiterbildung. Darüber hinaus bieten Überblicksfilme eine Orientierung über ganze Berufsfelder und vergleichen die beschriebenen Tätigkeiten. Azubis und Studierende erzählen, warum sie ihren Beruf gewählt haben und was ihnen besonders gefällt. Ergänzt durch Hinweise von Vorgesetzten und Personalverantwortlichen erhalten junge Menschen auf diese Weise hilfreiche Informationen zur Berufsentscheidung. Das Angebot wird kontinuierlich erweitert, jede Woche kommen neue Beiträge hinzu. Die beschriebenen Filme sind unter www.berufe.tv zu finden. *Quelle: praxis+recht 2.2009*

Bayern ist das Hauptziel des Zuwanderungsstroms aus Ostdeutschland. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stellte in einer Studie fest, dass sich mehr als ein Viertel aller ostdeutschen Beschäftigten, die in den Westen ziehen, in Bayern ansiedelt. Das Bundesland sei somit das Hauptziel der ostdeutschen Zuwanderung, während umgekehrt westdeutsche Beschäftigte mit Zielrichtung Ostdeutschland sich oft in Berlin niederließen. Die Abwanderung in beide Richtungen sei gekennzeichnet durch einen hohen Anteil an qualifizierten oder hochqualifizierten Arbeitskräften. So verfügten 77 000 der 96 000 Arbeitskräfte, die Ostdeutschland in den Jahren 2000 bis 2006 rechnerisch, unter Berücksichtigung des Zuzugs, verloren habe, über eine abgeschlossene Berufsausbildung und 9 000 über ein Universitäts- oder Fachhochschulstudium. Insgesamt hätten im genannten Zeitraum fast 38 000 hochqualifizierte Beschäftigte die ostdeutschen Bundesländer in Richtung Westdeutschland verlassen. Die Zahl der Arbeitskräfte mit Hochschulabschluss, die in der gleichen Zeit von West- nach Ostdeutschland umzogen, liegt hingegen bei nur 29 000. Eine noch deutlichere Asymmetrie zeigt sich in der Wanderungsbewegung der geringer qualifizierten Erwerbstätigen. Mehr als doppelt so viele von ihnen (18 000) zogen im Untersuchungszeitraum von Ost- nach Westdeutschland als umgekehrt (8 000). Der Grund seien die besseren Perspektiven für ungelernete Arbeitskräfte auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt. *Quelle: Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom April 2009*

► Soziales

Eckpunktepapier des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (KDA) zur Neugestaltung der kommunalen Altenhilfeplanung. Das KDA unterbreitete im März dieses Jahres Vorschläge für eine Umorientierung der kommunalen Seniorenpolitik. Die Kommunen in Deutschland

stunden vor enormen Herausforderungen, denn der Ausbau der traditionellen stationären Pflege sei mit vielen Risiken behaftet. Zum einen habe das klassische Alten- und Pflegeheim bei der älteren Bevölkerung an Akzeptanz verloren und zum anderen falle aufgrund der gestiegenen Eigenanteile ein immer größerer Teil der Kosten auf die Kommunen als örtliche Sozialhilfeträger zurück. In einigen Regionen Deutschlands, wie zum Beispiel Bayern und Niedersachsen, seien zudem durch einen Immobilienboom in diesem Marktsegment Überkapazitäten im Heimbereich entstanden. Das vom KDA vorgelegte Eckpunktepapier sieht vor, mit der Schaffung normaler Wohnmöglichkeiten Mitwirkung und Teilhabe älterer Menschen zu stärken. Wichtig sei darüber hinaus auch die Herstellung dezentraler Strukturen, da durch kleinteilige Angebote der soziale Zusammenhalt und die generationenübergreifende gegenseitige Hilfe gesichert würden. Als gutes Beispiel gehe die Stadt Dortmund voran, in der in den einzelnen Stadtbezirken enge Altenhilfenetze geknüpft werden, die dazu dienen, pflegebedürftige Menschen zu Hause zu versorgen, um so einen vorzeitigen Einzug ins Pflegeheim zu verhindern. *Quelle: Pressemitteilung des KDA vom März 2009*

Hartz-IV-Mehrbedarf für Alleinerziehende auch bei geteilter Betreuung. Nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts haben alleinerziehende Hartz-IV-Empfangende auch dann Anspruch auf einen erhöhten Satz, wenn der andere Elternteil bei der Kinderbetreuung mitwirkt. Sie erhalten die Hälfte des Mehrbedarfs, sofern die Sorge für das gemeinsame Kind in größeren, mindestens eine Woche umfassenden Intervallen geteilt wird. Da sie aus Zeitmangel nicht immer preisbewusst einkaufen können und wegen häufig anfallender Kosten für die Obhut der Kinder haben Alleinerziehende nach Auffassung des Gerichts höhere Aufwendungen. *Quelle: VdK Zeitung April 2009*

Sozialraumorientierung. Segregation, Marginalisierung und Integration in urbanen Räumen. Hrsg. Landeshauptstadt München Sozialreferat/Stadtjugendamt und andere. München 2008, 150 S., kostenlos *DZI-D-8625* Traditionslinien der heutigen sozialraumorientierten Arbeit sind das im 19. Jahrhundert entwickelte Elberfelder System der Armenfürsorge, die in den 1960er- und 1970er-Jahren rezipierten US-amerikanischen Forschungen von Jane Addams und Robert E. Park und der in den 1990er-Jahren entwickelte Theorieansatz der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit. Im Wesentlichen zielt die Sozialraumorientierung auf die aktive Gestaltung von Lebensräumen, die Nutzung vorhandener Ressourcen und die Ermöglichung von Partizipation und Befähigung. Auf einer Fachtagung wurden in München die Möglichkeiten sozialräumlichen Handelns verstärkt im Hinblick auf Prozesse der Trennung, Abschiebung und Einbeziehung unterprivilegierter Familien untersucht. Schwerpunkt war die Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen dieser Familien. Die in dieser Schrift dokumentierten Beiträge dienen der Darstellung unterschiedlicher Projekte und verstehen sich als Anregung zu einer interdisziplinären Diskussion. Bestelladresse: Landeshauptstadt München, Sozialreferat/Stadtjugendamt, Regionale Kinder- und Jugendhilfeplanung, Prielmayerstraße 1, 80335 München, Fax: 089/223-495 03, E-Mail: volker.hausdorf@muenchen.de, Internet: www.muenchen.de/stadtjugendamt

Interkulturelle Öffnung der Angebote für ältere Menschen. Der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO) hat im vergangenen Jahr eine Rahmenkonzeption zur interkulturellen Öffnung der ambulanten und stationären Angebote für ältere Menschen verabschiedet. Ziel ist es, diese Dienste allgemein zugänglich zu machen, unabhängig von Herkunft und sozialer Lebenslage. Die Rahmenkonzeption richtet sich an die Bereiche Altenhilfe und Migrationsarbeit. Im Wesentlichen geht es darum, geeignete Bedingungen für interkulturelle Lernprozesse zu schaffen und Zugangsbarrieren für ältere Menschen mit Migrationshintergrund abzubauen. Bei der konkreten Umsetzung in den Einrichtungen vor Ort seien die jeweiligen lokalen Bedingungen zu beachten, die für die Entwicklung der einzelnen Leistungen von Belang sind. Der Text wurde in Form einer CD-ROM veröffentlicht und kann zum Preis von 5 Euro zuzüglich Versand und Mehrwertsteuer über den Verlag des AWO Bundesverbandes bezogen werden, Fax: 030/26 30 93 22 58, E-Mail: verlag@awo.org. Weitere Informationen: Internet: www.awo.org *Quelle: Pressemitteilung der AWO vom April 2009*

Trend zur früheren Rente. Laut aktuellen Erhebungen der Deutschen Rentenversicherung steigen mehr als die Hälfte aller rentenversicherten Arbeitnehmenden und Selbstständigen vor ihrem aktuellen Rentenalter aus dem Berufsleben aus. Der Anteil der Beschäftigten, die für einen früheren Rentenbeginn Abschlüsse in Kauf nehmen, wuchs in den Jahren zwischen 1997 und 2007 von 0,2 auf 55,1 %. Dabei erhöhte sich der durchschnittliche monatliche Abschlag von knapp 18 auf 103 Euro. Obwohl Frauen im Durchschnitt niedrigere Rentenansprüche haben als Männer, lag im Jahr 2007 die durchschnittliche Abschlagshöhe im Westen und Osten Deutschlands für beide Geschlechter weitgehend einheitlich bei etwa 90 bis 110 Euro pro Monat. *Quelle: zukunft jetzt 1.2009*

► Gesundheit

Anstieg der Gesundheitsausgaben im Jahr 2007. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die Gesundheitsausgaben im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um 7,8 Mrd. Euro beziehungsweise 3,2 % auf eine Gesamtsumme von 252,8 Mrd. angestiegen und entsprachen damit 10,4 % des Bruttoinlandproduktes. Über die Hälfte dieser Ausgaben (57,5 %) entfiel mit 145,4 Mrd. Euro auf die gesetzliche Krankenversicherung. Der Anteil der privaten Krankenversicherung lag bei 9,3 %. Privathaushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck waren mit 34,1 Mrd. Euro (13,5 %) beteiligt. Da Mitte des Jahres 2007 medizinisch notwendige Schutzimpfungen zu Pflichtleistungen der Krankenkassen wurden, erhöhten sich die Ausgaben im Bereich Prävention und Gesundheitsschutz mit einem Zuwachs von 8,9 % besonders stark. Für Arzneimittel wurden 2 Mrd. Euro (+ 5,0 %) mehr ausgegeben, was zum Teil auch auf die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes zurückzuführen sei. Fast die Hälfte der Aufwendungen fiel in ambulanten Einrichtungen wie Arztpraxen, Apotheken oder Pflegediensten an. In diesem Bereich kam es zu einem Anstieg um 4,9 % gegenüber dem Jahr 2006. Der Zuwachs im teilstationären Sektor, der Krankenhäuser und Einrichtungen der Pflege, Vorsorge und Rehabilitation umfasst, war mit 1,7 % vergleichsweise gering. Grundlage der Berechnung ist das Konzept des „System of Health

Accounts“, das von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) zum Zweck der internationalen Vergleichbarkeit der Gesundheitsausgaben empfohlen wird. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom April 2009*

Start der Virtuellen Akademie für Gesundheit. Die neue Online-Akademie „Virtual Academy for Health“ ist ein von der Europäischen Union gefördertes Projekt zur Entwicklung innovativer Strukturen der Wissensentwicklung und des Wissensaustausches in einem europäischen Kontext. Fachkreisen aus Wissenschaft, Politik und Praxis wird hier die Möglichkeit geboten, über Landesgrenzen hinweg aktuelle Themen öffentlicher Gesundheit zu erörtern. Die Einrichtung versteht sich zudem auch als Lernort für Studierende und die interessierte Allgemeinheit. Zur Eröffnung finden verschiedene Expertendiskussionen statt. Weitere Informationen sind unter www.whole-academy.eu zu finden. *Quelle: Mitteilung der Academy for Health vom März 2009*

Patientenverfügungen – Willensentscheid oder überflüssige Formalität? Tagungsbericht einer Veranstaltung im KEH. Metamorphose Band 5. Hrsg. Karl-Heinz Pantke und andere. LIS e.V. Selbstverlag. Berlin 2008, 89 S., EUR 5,- *DZI-D-8561*

Betroffene neurologischer Krankheiten erleben vielfach, dass andere für sie Entscheidungen treffen, sei es über ihr Leben, über Therapien, Wiederbelebung oder den Einsatz von Diagnoseverfahren. Als Mittel zur Herstellung von mehr Autonomie gelten die sogenannten Patientenverfügungen, das heißt vorausgehende Willenserklärungen für den Fall einer Äußerungsunfähigkeit, in denen die Zustimmung zum Abbruch einer Behandlung oder zu einer Organspende erteilt werden kann. Sie waren Thema einer Fachtagung, deren Beiträge in dieser Veröffentlichung zusammengestellt sind. Sie befassen sich vor allem mit der besonderen Situation von Patientinnen und Patienten der Amyotrophen Lateralsklerose, mit Zuständen wie Koma und Locked-in-Syndrom sowie Möglichkeiten der medizinischen Rehabilitation. Aufgrund der mangelnden Vorhersehbarkeit der entsprechenden Lebenslagen sei es wichtig, die Aussagekraft von Patientenverfügungen kritisch zu hinterfragen. Bestelladresse: LIS e.V., Geschäftsstelle im Ev. Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge (KEH), Herzbergstraße 79, Haus 30, 10365 Berlin, Tel./Fax: 030/34 39 89 75/73, E-Mail: pantkeli@arcor.de

Das Schweizerische SuchtMagazin wird 35. Anlässlich seines 35-jährigen Bestehens erhält das Schweizerische SuchtMagazin eine neue Gestaltung. Das interdisziplinäre Magazin für Praxis und Wissenschaft erscheint sechsmal jährlich mit je einem Schwerpunktthema. Die Fachzeitschrift sollte aber nicht mit dem in Deutschland publizierten „SuchtMagazin“ verwechselt werden, das nach Angaben des Fachverbands Drogen und Rauschmittel lediglich ein Anzeigenblatt sei. Bestärkt wird diese Aussage von der deutschen Hauptstelle für Suchtfragen mit dem Hinweis, ihr sei keinerlei fachliche Zusammenarbeit des deutschen SuchtMagazins mit Fachkräften oder Verbänden der Suchthilfe bekannt. Weitere Informationen zum Schweizerischen

SuchtMagazin sind unter www.suchtmagazin.ch zu finden. *Quelle: Mitteilung des Schweizerischen SuchtMagazins vom März 2009*

Datenbank zur Bewertung von Pflegeheimen. Älteren Menschen, die sich für einen Heimaufenthalt entschieden haben, stellt sich häufig die Frage, welches Heim am besten geeignet ist. Für sie hat das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine Datenbank über die Qualität von Pflegeheimen finanziert. Auf der eigens eingerichteten Homepage können sich seit Februar dieses Jahres Heime beteiligen und begutachten lassen. Das Verzeichnis befindet sich noch im Aufbau. Erfasst werden sollen sämtliche Heime mit ihren Kontaktdaten sowie Angaben zu Wohn- und Betreuungsangeboten und zur Lebensqualität. Interessierte Ehrenamtliche können sich als Gutachterinnen oder Gutachter zur Verfügung stellen. Internet: www.heimverzeichnis.de. *Quelle: Die BKK 03.2009*

► Jugend und Familie

Einschränkung des Haager Minderjährigenschutz-Übereinkommens. Nach den Regelungen des Haager Übereinkommens vom 5. Oktober 1961 über die Zuständigkeit der Behörden und das anzuwendende Recht auf dem Gebiet des Minderjährigenschutzes haben die Vertragsstaaten zentrale Behörden zu benennen. An die jeweiligen Behörden des Heimatstaates müssen die Behörden eines anderen Staates eine Mitteilung abgeben, wenn sie Schutzmaßnahmen für Minderjährige treffen, die sich dort gewöhnlich aufhalten. Nähere Informationen zu diesem Thema im Internet unter www.hcch.net. Das Bayerische Landesjugendamt weist darauf hin, dass in den EU-Staaten mit Ausnahme von Dänemark seit dem 1. März 2005 die neue Brüssel-IIa-Verordnung (EG-VO Nr. 2201/2003) gilt. Diese hat Vorrang hinsichtlich der internationalen Zuständigkeit, der Anerkennung von Entscheidungen und der Zusammenarbeit zwischen den Behörden auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung. Das Minderjährigenschutz-Übereinkommen habe damit nur noch Bedeutung im Hinblick auf Nicht-EU-Staaten oder EU-Staaten, die von der Brüssel-IIa-Verordnung nicht erfasst sind. *Quelle: Mitteilungsblatt des Bayerischen Landesjugendamtes 1 und 2/2009*

Weniger Kinder. Nach Prognosen des Statistischen Bundesamtes wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen in Deutschland bis zum Jahr 2020 um rund 15 % zurückgehen. Zu diesem Zeitpunkt werde es 1,8 Mio. (gut 20 %) weniger Schülerinnen und Schüler geben als im Jahr 2006. Die Anzahl der Kinder über drei Jahren in Tagesbetreuung werde um 330 000 (14 %) sinken. Um etwa 400 000 zunehmen werde hingegen die Zahl der Kinder unter drei Jahren in Tagesbetreuung, sofern die Betreuungsquote in den alten Bundesländern auf 35 % und in den neuen Ländern auf 50 % steige. *Quelle: Stimme der Familie 11-12/2008*

Kontrolle als Element von Fachlichkeit in den sozialpädagogischen Diensten der Kinder- und Jugendhilfe. Expertise von Reinhold Schone. Hrsg. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe. Selbstverlag. Berlin 2008, 83 S., EUR 5,- *DZI-D-8564*

Das Doppelmandat von Hilfe und Kontrolle sieht vor, dass

die Jugendhilfe zum einen eher unterstützend tätig werden soll, zum anderen aber auch aktive und gezielte Maßnahmen nötig sind, wenn das familiäre Umfeld für Kinder oder Heranwachsende ein Sicherheitsrisiko darstellt. Ausgangspunkt der vorliegenden Expertise ist die Frage, wie ein optimaler Schutz gewährleistet werden kann. Der Autor betrachtet den Rechtsbegriff der Kindeswohlgefährdung und untersucht die organisatorischen Rahmenbedingungen des Kontrollhandelns, die Funktion der freien Träger bei der Übernahme von Schutzaufträgen und Ansätze für geeignete Frühwarnsysteme. Durch ihre Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten der staatlichen Intervention erweitert die Studie den Diskurs um die Effizienz der Sozialarbeit. Bestelladresse: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe/AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/40 04 02 00, Fax: 030/40 04 02 32

Arbeitstagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter. Auf ihrer 106. Arbeitstagung beschloss die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter, ein Diskussionspapier zum Persönlichen Budget in der Jugendhilfe vorzustellen. Die neue Leistungsform ermöglicht es behinderten oder von einer Behinderung bedrohten Menschen, ihren jeweiligen Hilfebedarf eigenverantwortlich zu definieren und zu finanzieren. Die Funktion der Jugendhilfe bestehe darin, die Heranwachsenden in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu fördern. Da die jeweiligen erzieherischen Leistungen auch im Fall der Eingliederungshilfen nicht über monetäre Mittel zu kompensieren seien, werde sorgfältig geprüft werden müssen, ob das

Persönliche Budget für Minderjährige in Betracht komme. Weitere Themen der Tagung waren die Empfehlungen zur Adoptionsvermittlung und die Umstrukturierung der Ausbildungsgänge, die im Jahr 1999 mit dem Bologna-Prozess angeregt wurde. Durch die Einführung der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge sei ein uneinheitliches und für die Träger schwer überschaubares Bild der Sozialen Arbeit entstanden. *Quelle: Pressemitteilung der BAG der Landesjugendämter vom März 2009*

Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen im Kinderschutz. Um Kinder effektiver vor Vernachlässigung, Gewalt und Misshandlung schützen zu können, knüpfen Bund, Länder und Kommunen derzeit ein Netzwerk Früher Hilfen zur Unterstützung von Risikofamilien. Verbessert werden sollen damit vor allem die Kommunikation und Kooperation der beteiligten Institutionen. Laut einer Bestandsaufnahme des Deutschen Instituts für Urbanistik zeigen die zuständigen Behörden großes Interesse. So geben 89 % der teilnehmenden Ämter an, bereits im Bereich Früher Hilfen aktiv zu sein. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen merkte an, dass neben einem bundesweiten Netzwerk aller zuständigen Einrichtungen auch ein unmissverständlicher rechtlicher Rahmen zu schaffen sei. Ein Beitrag hierzu ist das vom Familienministerium initiierte Kinderschutzgesetz, in dem festgelegt wird, dass sich Mitarbeitende der Jugendämter bei einem Verdacht auf Misshandlung oder Vernachlässigung einen persönlichen Eindruck von den gefährdeten Kindern und deren Umfeld verschaffen müssen. Ärztinnen und Ärzte erhalten die Be-

Wir denken weiter.

Zum Beispiel mit dem Online-Factoring:

- Extrem günstige Konditionen
- Sichere und schnelle Vorfinanzierung
- Auszahlung innerhalb von zwei Arbeitstagen
- Das Finanzierungsvolumen wächst mit den Umsätzen
- Keine zusätzlichen Sicherheiten notwendig
- Vorteilhafter Einkauf (Skonto)
- Umgehung der Auswirkungen von Basel II

Sprechen Sie uns an. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de



Bank
für Sozialwirtschaft



fugnis, im Zweifelsfall das Jugendamt zu informieren. Mit dem Ziel, einer Wiederholung vergangener Fehler vorzubeugen, errichtet die Bundesregierung beim Nationalen Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) eine Plattform zum Austausch von Erfahrungen. Weitere Informationen im Internet: www.fruehehilfen.de und www.difu.de. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 24. März 2009*

► Ausbildung und Beruf

Forschungsprojekt zum E-Learning. Der Diözesan-Caritasverband und die Universität Paderborn planen ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt zum elektronischen Lernen im Sozial- und Gesundheitssektor und zur medien-gestützten Wissenskommunikation. Ziel des auf zwei Jahre angelegten Projektes ist es, zu klären, wie und in welcher Form das E-Learning in die Konzepte des Deutschen Caritasverbandes zur Weiterbildung einfließen kann. Bis Ende des Jahres 2010 sollen Handlungsempfehlungen für die Beschäftigten im Bereich Alten- und Krankenpflege vorliegen. *Quelle: caritas in NRW 2.2009*

Diskussionspapier zu Bachelor- und Master-Studiengängen. Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) hat im März 2009 ein Diskussionspapier zu den Bachelor- und Masterstudiengängen der Sozialen Arbeit verabschiedet. Thematisiert werden vor allem die Folgen des Bologna-Prozesses für die Profession, das Spannungsfeld zwischen Generalisierung und Spezialisierung sowie Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Anerkennung. Weitere Punkte sind die Strukturvorgaben verschiedener Fachgesellschaften zum Europäischen und Nationalen Qualifikationsrahmen und die Erwartungen seitens der und an die Anstellungsträger. Das Diskussionspapier kann unter www.agj.de/Stellungnahmen abgerufen werden. Für Ende dieses Jahres plant die AGJ eine Veranstaltung zur Verständigung zwischen Ausbildungs- und Anstellungsträgern über die im Bachelorstudiengang der Sozialen Arbeit relevanten Kompetenzen. *Quelle: Pressemitteilung der AGJ vom März 2009*

Erzieherinnengesundheit. Handbuch für Kita-Träger und Kita-Leitungen. Hrsg. Sächsisches Staatsministerium für Soziales. Dresden 2008, 175 S., kostenlos *DZI-D-8622* Seit den 1990er-Jahren wurden in mehreren Studien die gesundheitlichen Risiken aufgezeigt, die das Berufsbild von Beschäftigten in Kindertagesstätten in besonderem Maße betreffen. Überproportional hoch ist vor allem die Anfälligkeit für Atemwegserkrankungen, Rückenprobleme, Infektionskrankheiten wie Hepatitis A und Burnout. Diese Broschüre informiert insbesondere Träger und Leitungen dieser Einrichtungen über die jeweiligen rechtlichen Grundlagen von Arbeits- und Gesundheitsschutz und benennt Vorschläge und Beispiele für deren praktische Umsetzung. Neben einer Beschreibung verschiedener Handlungsfelder und Präventionsmöglichkeiten enthält das Handbuch Checklisten zur Selbsteinschätzung sowie Hinweise zu Beratungsangeboten, Veranstaltungen, Internetportalen und weiterführender Fachliteratur. Bestelladresse: Zentraler Broschürenversand der Sächsischen Staatsregierung, Hammerweg 30, 01127 Dresden, Tel.: 0351/21 03 671, E-Mail: Publikationen@sachsen.de, Internet: www.publikationen.sachsen.de (zurzeit nur elektronisch verfügbar).

22.-23.6.2009 Berlin. AGJ-Fachtagung: Gesundheitsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe. Information: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/400 40-214, E-Mail: martina.strauss@agj.de, Internet: www.agj.de

29.6.2009 Berlin. Fachtagung: Corporate Citizenship aus Sicht von Gemeinnützigen, Mittelern und Verwaltung. Information: UPJ e.V., Brunnenstraße 181, 10119 Berlin, Tel.: 030/278 74 06-0, E-Mail: anja.plock@upj-online.de, Internet: www.upj-online.de

29.-30.6.2009 Kiel. Fachkongress: Sexuelle Gewalt gegen Kinder. Verletzlichkeit, Resilienz und therapeutische Hilfen. Information: Die Kinderschutz-Zentren, Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/569 75-3, E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org, Internet: www.kinderschutz-zentren.org

29.6.-1.7.2009 Weingarten. Seminar: Wertschätzend kommunizieren. Information: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten, E-Mail: seminare-fuehrungskraefte@akademie-rs.de, Internet: www.kiwi-netz.de

2.-4.7.2009 München. 10. Interdisziplinärer Kongress für Suchtmedizin. Information: mic – management information center, 86894 Landsberg, Tel.: 081 91/125-111, E-Mail: melanie.poeblmann@m-i-c.de, Internet: www.suchtkongress.de

13.-17.7.2009 Salzburg. 58. Internationale Pädagogische Werktagung: Geist–Begeisterung. Information: Internationale Pädagogische Werktagung Salzburg, Raiffeisenstraße 2, A-5061 Elsbethen, Tel.: 0043/662/80 47-75 20, E-Mail: pwt@bildung.kirchen.net, Internet: www.pwt.kirchen.net

4.-5.9.2009 Dortmund. Methodenwerkstatt – Systemaufstellung für Supervision und Coaching. Information: Supervisionsbüro Dortmund, Geschwister-Scholl-Straße 26, Tel.: 02 31/83 38 77, E-Mail: inso@marita-hellmann.de

6.-8.10.2009 Mainz. Seminar: Entwicklungspsychologische Beratung – Grundkurs. Information: Katholische Fachhochschule Mainz, Institut für Fort- und Weiterbildung, Saarstraße 3, 55122 Mainz, Tel.: 061 31/289 44-43, E-Mail: ifw@kfh-mainz.de, Internet: www.kfh-mainz.de/ifw

8.10.2009 Berlin. Fachtagung: Unterstütztes Wohnen im Gemeinwesen der Zukunft. Information: Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin, Köpenicker Allee 37-57, D-10318 Berlin, E-Mail: kundenstudie@khsb-berlin.de